

Regulierungskostenbremse: Eine Investition in die Zukunft

Noch im Dezember sagte der Bundesrat, er wolle nichts gegen Regulierungskosten unternehmen. Die bestehenden Mechanismen würden ausreichen. Heute ist die Botschaft eine ganz andere. Grund: Die administrative Belastung für Unternehmen hat weiter zugenommen.

Von Daniel Schwab



Immer mehr Gewerbler empfinden den administrativen Aufwand in ihrem Betrieb als zu gross.

Die bestehenden Instrumente, die der Bundesrat im Dezember noch gelobt hat, konnten den Anstieg der Regulierungskosten nicht bremsen. Das Staatssekretariat für Wirtschaft SECO – ein Teil der Verwaltung, deren Vorsteher der Bundesrat ja ist – publizierte im April den Bürokratiemonitor 2014–2018. Die Erkenntnisse sind ernüchternd. Die Bundesverwaltung stellt klipp und klar fest: «2018 hat mit 67 Prozent ein grösserer Teil der Unternehmen über eine Zunahme der administrativen Belastung berichtet als noch vor vier Jahren (56 Prozent). Es kann somit von einem Anstieg der wahrgenommenen Zunahme der administrativen Belastungen

ausgegangen werden.» Und weiter: «Bei der Frage nach der wahrgenommenen Entwicklung der Belastung ... wurde ersichtlich, dass der Anteil der Unternehmen, die eine Zunahme angegeben haben, in den zwei Bereichen Arbeitsrecht/-bedingungen und Rechnungslegung/Revision am höchsten war. Darauf folgen Vorschriften für Banken/Finanzintermediäre, Umweltvorschriften sowie Arbeitssicherheit.»

WIRKUNGSLOSE INSTRUMENTE

Das SECO bestätigt damit die Stossrichtung des Schweizerischen Gewerbeverbandes sgV erneut. Schon seit 2010 warnt dieser vor den immensen Kosten der Regulierung. Der Bundesrat hat das

Gleiche schon mehrfach bestätigt, und das SECO selbst macht dieselbe Erkenntnis immer wieder. Gerade deswegen ist es mehr als nur ein Widerspruch, wenn der Bundesrat glaubt, die bestehenden Instrumente reichten aus, um Regulierungskosten in den Griff zu bekommen. All diese Instrumente waren vor 2010 da, und sie werden bis heute benützt. Wirkung haben sie offensichtlich keine. Die Regulierungskosten sind in den letzten Jahren weiter angestiegen. Es liegt daher auf der Hand: Es braucht neue und griffige Instrumente gegen Regulierungskosten. Was die Schweiz braucht, ist eine Regulierungskostenbremse. Eine solche fordert nicht nur der sgV. Auch das Parlament hat

dies erkannt und entsprechende Vorstösse gutgeheissen. Die von den eidgenössischen Räten geforderte Regulierungskostenbremse soll ähnlich wie die Ausgaben- und die Schuldenbremse wirken.

AUSGABEN- UND SCHULDENBREMSE

Interessant ist Folgendes: Als die Staatsfinanzen aus dem Ruder liefen, kam der Ruf nach einer Ausgaben- und Schuldenbremse. Auch damals argumentierte der Bundesrat dagegen und behauptete, die bestehenden Instrumente reichten aus. Auch damals wurde behauptet, eine finanzielle Obergrenze schränke den Staat unnötig ein. Doch die Bremsen wirken. Die Schweiz steht heute kerngesund da, der Staat ist saniert und macht sogar Überschüsse. Ausgaben- und Schuldenbremse sind Teile des Schweizer Erfolgsmodells. Ähnliche Chancen bringt die Regulierungskostenbremse. Sie ist nicht bloss ein neues Instrument, um die Unternehmen zu entlasten und wettbewerbsfähiger zu machen. Sie ist eine Investition in die Zukunft der Schweiz. ■



STANDPUNKT

VON ALBERT VITALI,
FDP-NATIONALRAT
OBERKIRCH

Bürokratiemonster verhindern

Wieder einmal wurde von der Bundesverwaltung aus einem gut gemeinten Gesetz mit der darauf folgenden Verordnung ein Bürokratiemonster erschaffen. Es geht um das BÜPF (Bundesgesetz betreffend Überwachung des Post- und Fernmeldeverkehrs). Dienstleister im Internetbereich werden automatisch als Fernmeldedienstleister FDA mit hohen Verpflichtungen eingeteilt. Es muss extrem viel überwacht werden. Eigentlich alle Internetaktivitäten der Bürger, teilweise auch ohne dass ein Verdacht besteht. Kleine Internetdienstleister haben fast keine Chance, dies wirtschaftlich bezahlbar durchzuführen. Und auch wenn man sich runterqualifizieren kann vom FDA zum reduzierten FDA, sind die Reaktionszeiten und Anforderungen wie auch Überwachungsdetails weiterhin extrem. Die Strafen, wenn Reaktionszeiten (von maximal einer Stunde) nicht eingehalten werden, sind mit 40-100 000 Franken extrem hoch. Das ist nicht tragbar für die Wirtschaft. Insbesondere für KMU und Start-ups, da schwammige und unberechenbare Vorschriften gesetzt wurden. Start-ups werden die nicht einhalten können. KMU unter 30 Personen auch nicht. Es betrifft nicht nur Internetdienstleister sondern alle Firmen, sobald nur irgendwelche Services (Online-Marktplatz, Hochladen von Inhalten, Storage, Lokalisierungsdienste) im öffentlichen Internet sind. Ich habe zwar auch für das BÜPF gestimmt, aber dass es sich so nachteilig für KMU auswirken würde, habe ich nicht erwartet. Die Bundesverwaltungsabteilung hat sich wieder einmal selbständig gemacht.